

IAB-Kurzbericht

Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

12/2014

In aller Kürze

- Niedriglohnbezug wird üblicherweise relativ definiert: Ein Lohn gilt als niedrig, wenn er unter dem Schwellenwert von zwei Dritteln des mittleren Lohns (Median) liegt. Niedriglohnbezieher konzentrieren sich unterschiedlich stark auf großräumige Regionen und Kreise, aber vor allem auch innerhalb von Städten auf einzelne Viertel.
- In Berlin z. B. zeigen sich bei der Verteilung der Niedriglohnbezieher ausgeprägte, sehr großflächige Muster, in Hamburg kleinräumigere. In München sind diese Muster weniger deutlich und oft auf einzelne Straßenzüge begrenzt. Um die unterschiedlichen Preisniveaus in den Städten zu berücksichtigen, werden hier die stadspezifischen Niedriglohnschwellen zugrunde gelegt.
- Berlin und Hamburg gehören neben Frankfurt und Leipzig zu den am stärksten segregierten Großstädten. Dagegen ist die räumliche Trennung von Menschen mit unterschiedlich hohen Löhnen in München – neben Stuttgart und Essen – am wenigsten stark ausgeprägt.
- Die innerstädtische Segregation hängt möglicherweise auch mit Unterschieden im Strukturwandel und der Ausgestaltung der Wohnungspolitik in den Städten zusammen. Hieraus könnten sich Ansätze für eine kommunale Beeinflussung von Segregationsprozessen ergeben.

Eine räumliche Analyse für Deutschland

Wie sich Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten verteilen

von Philipp vom Berge, Norbert Schanne, Christopher-Johannes Schild, Parvati Trübwetter, Anja Wurdack und Ana Petrovic

Zur Existenz und Verbreitung von Niedriglohnbeschäftigung liegen vielfältige Forschungsbefunde vor. Dagegen gibt es wenige wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, wo Niedriglohnbezieher ansässig sind. Georeferenzierte Daten erlauben es erstmals, die räumliche Verteilung sichtbar zu machen und zu untersuchen. Wir zeigen beispielhaft anhand mehrerer deutscher Großstädte, wie sich die Niedriglohnbezieher kleinräumig innerhalb einer Stadt verteilen.

Niedriglohnbezieher verdienen nach der OECD-Definition weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns (Median). In Deutschland ist ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung verglichen mit den 1990er Jahren gestiegen und liegt heute höher als in den meisten europäischen Ländern (Rhein 2013).

Niedriglöhne (Näheres zur Begriffsdefinition vgl. Infokasten auf Seite 2) kommen in einigen Regionen Deutschlands deutlich häufiger vor als in anderen. Der Aufstieg in besser

bezahlte Beschäftigung wird dort erschwert, gerade wenn es bei gleichzeitig hoher regionaler Arbeitslosigkeit kaum Alternativen gibt. Auch wenn niedrigere Lebenshaltungskosten die Problematik oft abmildern, können diese Regionen an Attraktivität einbüßen. Geringe Steuereinnahmen und eine erhöhte Abwanderung können die Folge sein.

Darüber hinaus können sich Niedriglöhne auch auf kleinräumiger Ebene häufen und damit ein möglicher Indikator für soziale Probleme sein. Negative Nachbarschaftseffekte können die Arbeitsmarktchancen der Bewohner von sozial benachteiligten Stadtvierteln verschlechtern. Selbst in Städten, in denen Niedriglöhne insgesamt keine große Rolle spielen, können örtlich begrenzt Probleme bestehen.

Um innerstädtische Segregation – also die räumliche Trennung der Wohnorte von verschiedenen Beschäftigtengruppen – zu untersuchen, ist eine detaillierte Datenbasis nötig. Aufgrund des großen Erhebungsaufwands sind empirische Untersuchungen

häufig als lokal begrenzte Fallstudien konzipiert (Friedrichs/Triemer 2009). Um umfassendere Analysen zu ermöglichen, verwenden wir Informationen aus den Prozessdaten der Bundesagentur für Arbeit, die mit Geoinformationen verbunden wurden.

Ziel des Kurzberichts ist es, einen vergleichenden Überblick innerstädtischer Lohnsegregation in Deutschland vorzunehmen. Er veranschaulicht die deutlichen Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Stadtvierteln und beschreibt unterschiedliche Muster, die im Städtevergleich auftreten.

■ Niedriglohnbezug im regionalen Vergleich

Der Bezug eines Niedriglohns geht nicht zwingend mit Armut einher. Dennoch kann daraus ein Armutsrisko erwachsen, da für viele Beschäftigte das Erwerbseinkommen den überwiegenden Teil ihres Gesamteinkommens ausmacht. Auf regionaler Ebene kann eine Häufung von Niedriglohnneinkommen auf ein gesteigertes Armutsrisko von Teilen der Bevölkerung hindeuten und Rückschlüsse über die allgemeine Sozialstruktur zulassen.

Etwa 25 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland beziehen Niedriglöhne. Diese sind sehr ungleich über die Landkreise verteilt (vgl. Abbildung 1). Dabei fällt zunächst das Einkommensgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland auf. Da die Niedriglohnschwelle auf nationaler Ebene berechnet wird, wirkt sich das Lohngefälle zwischen Regionen auch auf den jeweiligen Anteil der Niedriglohnbezieher aus. Dieser ist in den meisten ostdeutschen Kreisen höher als in westdeutschen. In beiden Landesteilen finden sich höhere Niedriglohnanteile eher in ländlichen Gegenden.

Ein Vergleich zwischen den größten Städten Deutschlands zeigt sowohl ein Ost-West- als auch ein Nord-Süd-Gefälle. Die Städte mit der geringsten Zahl an Niedriglohnverdienern liegen überwiegend in Süddeutschland (darunter München mit 13 % sowie Stuttgart und Frankfurt mit 16 %), während hohe Niedriglohnanteile vor allem in ostdeutschen Städten auftreten (z. B. Berlin mit 29 % und Leipzig mit 35 %). Die Stadtstaaten Bremen (24 %) und Hamburg (20 %) liegen dazwischen. Allgemein spiegelt die räumliche Verteilung der Niedriglohnanteile die wirtschaftliche Lage auf Kreisebene wider. Phänomene, die auf deutlich kleinräumigerer Ebene auftreten – insbesondere die Segregation bestimmter Bevölkerungsgruppen innerhalb einer Stadt – können mit einem Vergleich auf Kreisebene jedoch nicht untersucht werden.

■ Segregation – die räumliche Verteilung von Löhnen

Häufig leben einzelne Bevölkerungsgruppen innerhalb von Städten oder Gemeinden teilweise räumlich getrennt voneinander, wobei verschiedene sozioökonomische Merkmale (z. B. ethnische Herkunft, Bildung oder Einkommen) eine Rolle spielen können. Dieses Phänomen bezeichnet man als Segregation. Die Ursachen für Segregationsprozesse können vielfältig sein: Soziale Kontakte weisen häufig ähnliche sozioökonomische Merkmale auf und Menschen wohnen gerne in der Nähe ihrer engsten sozialen Kontakte. Auch die Länge des Arbeitswegs ist ein wichtiger Faktor bei der innerstädtischen Wohnortwahl: Einzelne Berufsgruppen siedeln sich verstärkt um bestimmte Betriebe herum an (z. B. Fabrikarbeiter in Fabriknähe, Ärzte in Krankenhausnähe). Außerdem spielt bei der Wahl des Wohnorts die Lebensqualität eine Rolle, z. B. die Qualität von Schulen, Parks, Verkehrsanbindung, Kulturangebot, Einkaufsmöglichkeiten. Die Qualität solcher lokaler öffentlicher Güter spiegelt sich vor allem im Mietniveau wider. Da sich Menschen mit niedrigen Einkommen ein Leben in besonders attraktiven Vierteln selten leisten können, begünstigt dies ebenfalls eine Segregation nach Einkommen.

In der Summe führen diese Effekte dazu, dass Menschen häufig bestimmte Wohnviertel in Abhängigkeit ihres Einkommens wählen. Dabei kommt es aber in der Regel nicht zu vollständiger Segregation. Das liegt zum einen daran, dass es bei der Wohnortwahl konkurrierende Ziele geben kann. Zum anderen fehlen Zuziehenden Informationen zu allen vorhandenen Wohnmöglichkeiten. Ebenso stehen die Umzugskos-



Niedriglohn und Berechnungsgrundlage

Als Niedriglohn wird hier (in Anlehnung an die OECD-Definition) ein Bruttomonatslohn verstanden, der weniger als $\frac{2}{3}$ des nationalen Medianbruttomonatslohns in einer regulären Vollzeitbeschäftigung beträgt. In jeder der hier untersuchten Rasterzellen wird dann der Anteil der Niedriglohnbezieher an allen Beschäftigten berechnet.

Als Berechnungsgrundlage dienen 20- bis 65-jährige Personen, die am 30.06.2009 in Vollzeit und Teilzeit mit mindestens der Hälfte der regulären Arbeitszeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Auszubildende, Studierende, Beschäftigte in kurzer Teilzeit, Freiberufler, Selbstständige, Beamte sowie Rentner mit Hinzuerdentst werden nicht berücksichtigt. Somit liegt die bundesweite Niedriglohnschwelle für diese Stichprobe bei 1.733 Euro.

Nach dieser Definition gehört in Deutschland rund ein Viertel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu den Niedriglohnbeziehern. Der errechnete Niedriglohnanteil ist mit dem in Rhein (2013) ausgewiesenen vergleichbar, auch wenn die Schwelle aufgrund der anderen Berechnungsgrundlage etwas abweicht.

ten einer vollkommenen räumlichen Trennung der Einkommensgruppen entgegen.

Haben alle Stadtbewohner ein ähnlich hohes Einkommen, ist auch das Potenzial für die Einkommenssegregation gering und umgekehrt. Außerdem kann die räumliche Verteilung der lokalen öffentlichen Güter, des Wohnungsbestands oder der Betriebe das Ausmaß der Einkommenssegregation bestimmen. Daraus folgt, dass die Politik Einfluss auf die Einkommenssegregation nehmen kann. So können städtebauliche Maßnahmen oder Schulpolitik die Wohnvierteleigenschaften verändern und damit indirekt und langfristig auch das Ausmaß der Segregation. Über Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, die Begrenzung von Luxussanierungen und Mietpreisbindungen kann zudem direkt eingewirkt werden.

Innerstädtische Segregation ist nicht per se als negatives Phänomen zu sehen. Sie ergibt sich z. B. aus der Bereitschaft und der Entscheidungsfreiheit von Menschen, einen gewissen Preis für eine Wohnung in einem bestimmten Stadtteil zu zahlen oder dies nicht zu tun. Dennoch ist Segregation im Ergebnis oft stärker ausgeprägt als es für die Gesellschaft als Ganzes optimal wäre. Sozioökonomisch schlechter gestellte Bewohner können durch einen Zustrom von Besserverdiennern und dadurch verursachte Mieterhöhungen aus ihrem Viertel verdrängt werden. Umgekehrt kann ein fortschreitender Wegzug von Besserverdiennern dazu führen, dass andere Bewohner mit ähnlichem sozioökonomischem Status ebenfalls einen Anreiz haben, das Viertel zu verlassen. Dies ist deshalb problematisch, weil die Qualität der lokalen öffentlichen Güter oft entscheidend von den Bewohnern eines Viertels selbst abhängt.

Das soziale Umfeld spielt auch bei der Arbeitsplatzsuche eine bedeutende Rolle. In einem Stadtteil mit vielen Niedriglohnbeziehern ist die Wahrscheinlichkeit, dort Information über eine gut bezahlte Beschäftigung zu erhalten, niedriger als in einer Umgebung, in der viele Menschen einer gut bezahlten Arbeit nachgehen (Bauer et al. 2011). Dieses Umfeld muss zwar nicht zwingend an ein Wohnquartier gebunden sein, allerdings haben viele soziale Netzwerke wie Sportvereine, Kirchengemeinden oder der Freundeskreis einen begrenzten räumlichen Einzugsbereich.

Im Ergebnis kann innerstädtische Einkommenssegregation dazu führen, dass sozioökonomisch schwächeren Bewohnern qualitativ schlechtere lokale öffentliche Ressourcen und Netzwerke zur Verfügung stehen. Diese sind aber für Bildungsergebnisse und Arbeitsmarktchancen sowie für Sozialisation und In-

formationsaustausch von hoher Bedeutung. Prozesse der Einkommenssegregation könnten also die ohnehin schlechtere Lebenslage einiger Bewohner weiter verschlechtern. Damit kann ein Eingreifen der Kommunen in Segregationsprozesse begründet werden.

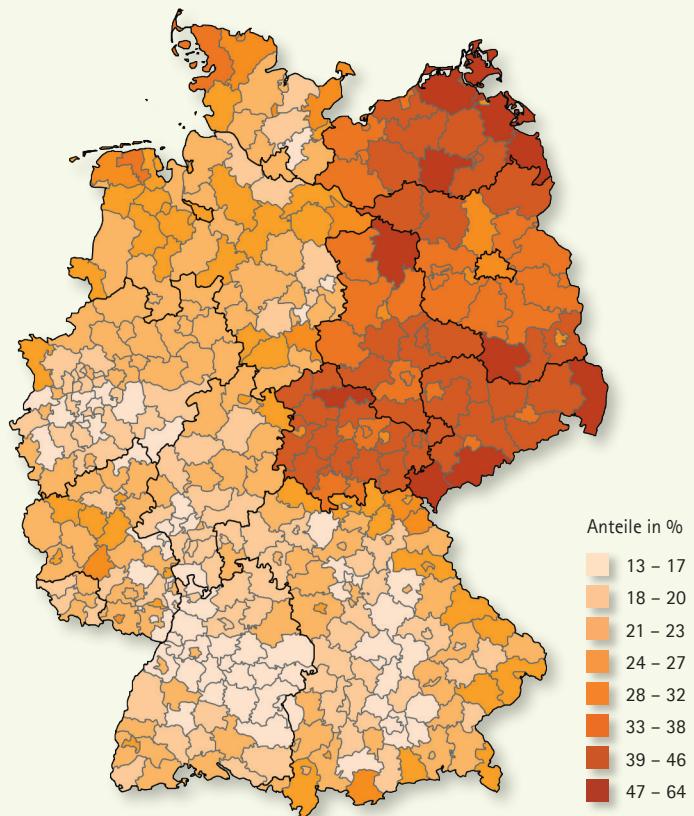
Niedriglohnbezug und Segregation in drei deutschen Städten

Um die Segregation von Niedriglohnbeziehern in deutschen Städten sichtbar zu machen, berechnen wir ihren Anteil an allen Beschäftigten innerhalb von „Rasterzellen“, die sehr kleine Stadtgebiete abgrenzen (vgl. Infokasten auf Seite 6). Anders als bei den großräumigen Unterschieden messen wir die Niedriglohnschwelle hier auf Grundlage des stadspezifischen Medianlohns, um Differenzen im lokalen Preisniveau und damit in der lokalen Kaufkraft in Städten zu berücksichtigen. Beispielhaft werden die drei größten deutschen Städte – Berlin, Hamburg und München – grafisch dargestellt.

Abbildung 1

Anteil der Niedriglohnbeschäftigte an allen Beschäftigten nach Kreisen 2009

in Prozent



Anmerkung: Die nationale Niedriglohnschwelle beträgt 1.733 Euro (Bruttonomonaatslohn).

Quelle: Georeferenzierte Daten des IAB; Geometrien: Bundesamt für Kartographie.

© IAB

Das Beispiel Berlin

Die Bundeshauptstadt weist mit 29 Prozent (nationale Referenz) einen für ostdeutsche Verhältnisse eher geringen, für westdeutsche Verhältnisse dagegen hohen Anteil an Niedriglohnbeziehern auf. Abbildung 2 zeigt deren räumliche Verteilung in Berlin. Die frühere Trennung der Stadt ist kaum zu erkennen: Es gibt sowohl in Ost- als auch in West-Berlin Stadtteile mit hohen und geringen Anteilen an Niedriglohnbeziehern. Auffällig ist die starke Häufung von Niedriglohnbeziehern insbesondere im Ortsteil Neukölln (dem nördlichen Teil des gleichnamigen Bezirks), in Marzahn (Nordteil von Marzahn/Hellersdorf) und in Wedding/Gesundbrunnen (Nordteil von Mitte). In diesen Stadtteilen gibt es geschlossene Flächen von mehreren Quadratkilometern, wo mindestens jeder dritte Beschäftigte einen niedrigen Lohn bezieht.

Bedeutende Wirtschaftszweige in Berlin sind das Gastgewerbe und der öffentliche Dienst, letzterer spätestens seit dem Umzug der Bundesregierung. Insbesondere nach der Wiedervereinigung und mit dem Wegfall der Berlinförderung hat die Industrie an Bedeutung verloren.

Zwischen den Bezirken mit hohem Niedriglohnanteil gibt es Unterschiede hinsichtlich der Zusammensetzung der Bevölkerung. Dies deutet auf verschiedene Ursachen der starken Segregation hin. Die niedrigen Mietkosten in den multikulturell geprägten Stadtteilen Neukölln und Wedding führen dazu, dass sich dort gehäuft Niedriglohnbezieher ansiedeln. Zum Niedriglohnanteil in diesen Stadtteilen trägt auch das niedrige Lohnkostenniveau in den überwiegend zent-

rumsnah ansässigen Betrieben des Gastgewerbes und der sozialen Dienstleistungen bei, in denen viele der hier lebenden Menschen beschäftigt sind. In den Außenbezirken Spandau und Marzahn wohnen hingegen eher die Verlierer der De-Industrialisierung Berlins. In den 1980er Jahren gab es in diesen Bezirken zahlreiche Betriebe mit subventionierten Fertigungsarbeitsplätzen. Nach dem Fall der Mauer und dem Wegfall der Subventionen wanderten viele Betriebe ab oder mussten schließen. Die ehemals dort Beschäftigten konnten ihre spezifischen Qualifikationen bei neuen Arbeitgebern nur selten nutzen und mussten Lohneinbußen hinnehmen. Der Rückgang der Industrie kann als einer der Gründe für den insgesamt hohen Niedriglohnanteil Berlins gesehen werden.

Der soziale Wohnungsbau wurde im Verlauf der 1990er Jahre reduziert, seit 2002 findet in Berlin keine Neuförderung mehr statt. Damit fehlt der Politik eine mögliche Form der Einflussnahme auf die innerstädtische Verteilung von Menschen mit geringem Einkommen.

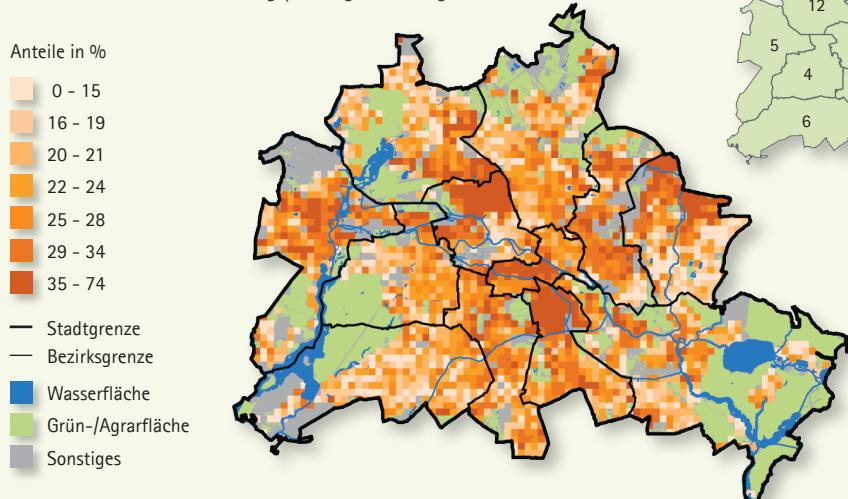
Das Beispiel Hamburg

Der Niedriglohnanteil in Hamburg liegt mit etwa 20 Prozent im durchschnittlichen Bereich (nationale Referenz). Abbildung 3 zeigt eine eher ungleiche räumliche Verteilung der Niedriglohnanteile innerhalb der Stadt. Vor allem in den südlichen (alsternahen) Teilen der Bezirke Eimsbüttel und Hamburg-Nord, in den elbnahen Teilen des Bezirks Altona sowie im äußersten Nordwesten Hamburgs finden sich große Gebiete mit sehr geringen Niedriglohnanteilen. Dagegen

Abbildung 2

Niedriglohnbeschäftigte in Berlin 2009

Anteile an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Prozent



Anmerkung: Die stadspezifische Niedriglohnschwelle für Berlin beträgt 1.611 Euro (Bruttomonatslohn).

Quelle: Georeferenzierte Daten des IAB; Geometrien: OpenStreetMap, ThinkGeo, Geofabrik.

Bezirke in Berlin

- 1 Berlin-Mitte
- 2 Friedrichshain-Kreuzberg
- 3 Pankow
- 4 Charlottenburg-Wilmersdorf
- 5 Spandau
- 6 Steglitz-Zehlendorf
- 7 Tempelhof-Schöneberg
- 8 Neukölln
- 9 Treptow-Köpenick
- 10 Marzahn-Hellersdorf
- 11 Lichtenberg
- 12 Reinickendorf

erstrecken sich ausgehend vom Bezirk Harburg über Teile von Hamburg-Mitte (z. B. Wilhelmsburg und Horn), hin zum südlichen Teil des Bezirks Wandsbek (z. B. Jenfeld) Wohngegenden mit einem ausgeprägt hohen Niedriglohnanteil. Aber auch in den anderen Bezirken gibt es punktuell hohe Niedriglohnanteile (z. B. Lurup im Bezirk Altona).

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und an der Kaufkraft ist Hamburg die reichste Region Deutschlands. Die Wirtschaftsstruktur Hamburgs ist primär geprägt durch Handel und Logistik sowie Luftfahrt- und Schiffsbauindustrie. Die strukturelle Entwicklung der Stadt war in den 1960er bis 1980er Jahren durch einen fortschreitenden Rückgang geringqualifizierter Beschäftigung verstärkt im Bereich der maritimen Wirtschaft gekennzeichnet. Außerdem gab es ein starkes Wachstum bei hochentlohnter Beschäftigung.

Vor allem an den Stadträndern wurden in den 1960er und 1970er Jahren Hochhaussiedlungen gebaut, welche heute günstigen Wohnraum bieten und Zentren mit einem hohen Anteil an Niedriglohnbeziehern darstellen. Ein Großteil der Arbeitsplätze für Hochqualifizierte, etwa an der Universität, ist eher im nördlichen und westlichen Stadtgebiet angesiedelt, häufig in räumlicher Nähe zu Wohngebieten mit einem geringen Anteil an Niedriglohnbeziehern. Ein Gegenbeispiel sind die Handels- und Versicherungsunternehmen im Stadtteil Hammerbrook („City-Süd“). Hohe Anteile von Menschen mit niedrigen Löhnen zeigen sich in einigen traditionellen Arbeitervierteln, wie im östlichen Altona oder nordöstlichen Hamburg-

Mitte (Horn und Billstedt). Der Wiederaufbau nach dem Krieg setzte auf kleinteilige und günstige Wohnseinheiten. Viele Nachkriegsbauten, insbesondere im stark zerstörten Osten Hamburgs, dienen weiterhin als günstiger Wohnraum, in dem sich vor allem Niedriglohnbezieher ansiedeln.

Mit sogenannten sozialen Erhaltungsverordnungen wird versucht, weitere Aufwertungstendenzen von soziostruktuell starken Stadtteilen zu begrenzen. Dazu gehören unter anderem eine Genehmigungspflicht durch das zuständige Bezirksamt, wenn Gebäude abgerissen werden sollen, wohnwertsteigernde Bau- bzw. Modernisierungsmaßnahmen anstehen oder wenn man Miet- in Eigentumswohnungen umwandeln will. Eine Verdrängung von Menschen mit niedrigem Einkommen in Gegenden, die bereits stark durch ökonomisch schwache Bevölkerungsschichten geprägt sind, soll damit verhindert werden. Erst in den letzten Jahren bekam der soziale Wohnungsbau in Hamburg wieder einen höheren Stellenwert auf der politischen Agenda.

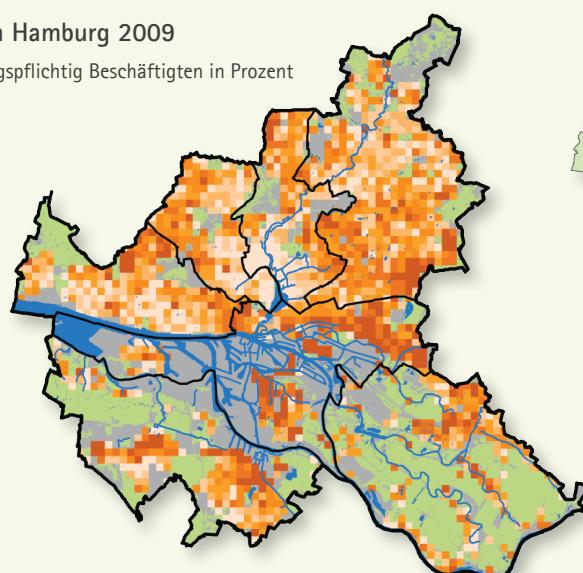
Das Beispiel München

Der Anteil der Niedriglohnbezieher in der drittgrößten Stadt Deutschlands, München, ist gering (13 %, nationale Referenz). Besonders gilt dies für Altstadt-Lehel, große Teile der Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt, Maxvorstadt, Schwabing und Bogenhausen (vgl. Abbildung 4 auf Seite 6). Stadtviertel mit einem erhöhten Anteil an Niedriglohnbeziehern sind im Norden Münchens Feldmoching-Hasenbergl und Milbertshofen-Am Hart, im Südosten sind es Berg am Laim und in weiten

Abbildung 3

Niedriglohnbeschäftigte in Hamburg 2009

Anteile an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Prozent



Bezirke in Hamburg

- 1 Hamburg-Mitte
- 2 Altona
- 3 Eimsbüttel
- 4 Hamburg-Nord
- 5 Wandsbek
- 6 Bergedorf
- 7 Harburg

Anmerkung: Die stadspezifische Niedriglohnchwelle für Hamburg beträgt 1.885 Euro (Bruttonomonaatslohn).

Quelle: Georeferenzierte Daten des IAB; Geometrien: OpenStreetMap, ThinkGeo, Geofabrik.

© IAB

Teilen Ramersdorf-Perlach sowie der westliche Stadtrandbezirk Münchens, Aubing-Lochhausen-Langwied. Ebenfalls zu erkennen ist das Bahnhofsviertel im nördlichen Teil der Ludwigsvorstadt mit seinem hohen Anteil an Menschen mit niedrigen Löhnen. Auffällig ist, dass vom hohen Anteil an Niedriglohnbeziehern meist nicht ganze Stadtbezirke betroffen sind, sondern nur bestimmte Straßenzüge.

München gilt nach Frankfurt als das zweite Finanzzentrum Deutschlands. Banken und Versicherungen prägen die wirtschaftliche Struktur der Stadt. Zudem haben sich Unternehmen im Bereich der IT- und Au-

tomobilbranche angesiedelt. Damit ist München eine der wirtschaftlich erfolgreichsten Städte Deutschlands. Außerdem gibt es in der jüngeren Vergangenheit keinen schwerwiegenden Niedergang einer oder mehrerer wichtiger Industriebranchen, wie dies etwa in Berlin oder Hamburg der Fall war. Beides zusammen erklärt möglicherweise einen Teil des relativ geringen Anteils an Niedriglohnbeziehern und die geringe Segregation.

Die dichte Besiedelung Münchens und der weiterhin starke Zuzug führen aber zu einem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Häufig werden Menschen mit niedrigem Einkommen aus den Innenstadtbereichen in die Außenbezirke verdrängt. In den frühen 1960er Jahren haben verschiedene Wohnungsbaugesellschaften versucht, mit dem Bau von Stadtrandsiedlungen bezahlbaren Wohnraum für sozial Schwache zu schaffen. Daher sind die äußeren Stadtbezirke meist durch Mietwohanlagen oder Hochhaussiedlungen gekennzeichnet. Aubing, Berg am Laim, Feldmoching-Hasenbergl, Milbertshofen-Am Hart und Ramersdorf-Perlach zeigen zwar historisch gesehen unterschiedliche Entwicklungen auf, jedoch gleichen sich alle Viertel hinsichtlich der vorherrschenden Bebauungsart. Der Bezirk rund um den Hauptbahnhof ist multikulturell geprägt und bietet überwiegend Platz für Gewerbetreibende, Verwaltungssitze oder Hotels. Da der Wohnraum dort relativ günstig ist, leben in diesem Viertel häufig Personen mit niedrigen Löhnen.

In München wird weiterhin sozialer Wohnungsbau betrieben, aber unter verschärften Auflagen. Neben

i Datenbasis

Die Datenbasis für die vorliegende Analyse bilden die Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) des IAB für das Jahr 2009. Die IEB enthalten unter anderem Informationen über sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, die in den administrativen Prozessen der Bundesagentur für Arbeit erzeugt werden.

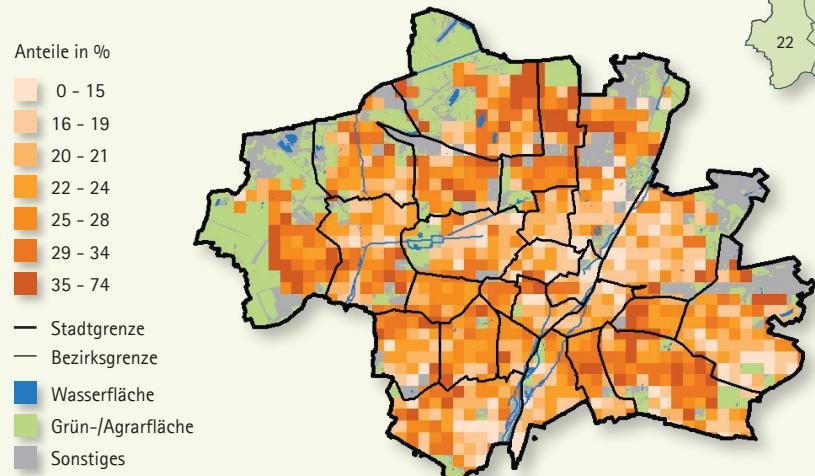
Das Projekt „Nachbarschaftseffekte: Die Analyse individuell-rationalen Verhaltens im sozialen Kontext“ wurde durch die Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz gefördert und in Kooperation mit dem RWI und dem DIW durchgeführt. Dabei wurde jede Person in der IEB zum 30.06.2009 mit einer Geokoordinate versehen, die ihren Wohnort beschreibt, und mit deren Hilfe einem kleineren Gebiet zugeordnet. Diese sogenannten „Rasterzellen“ stellen Nachbarschaften einheitlicher (Flächen-)Größe dar. In Ballungsräumen wird eine Kantenlänge von 500 Metern verwendet. In weniger dicht besiedelten Gegenden kann der Wohnort aus Datenschutzgründen nur mit einer Genauigkeit von 1 km oder sogar nur 5 km berichtet werden (vgl. hierzu auch Scholz et al. 2012).

Als Anonymitätskriterium muss jede Rasterzelle mit mindestens 20 Personen im erwerbsfähigen Alter mit einer Sozialversicherungsmeldung besetzt sein. Dadurch wird auch gewährleistet, dass die Berechnungen im jeweiligen Quadrat nicht übermäßig sensitiv auf einzelne Personen reagieren.

Abbildung 4

Niedriglohnbeschäftigte in München 2009

Anteile an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Prozent



Anmerkung: Die stadspezifische Niedriglohnschwelle für München beträgt 2.158 Euro (Bruttomonatslohn).

Quelle: Georeferenzierte Daten des IAB; Geometrien: OpenStreetMap, ThinkGeo, Geofabrik.

Bezirke in München	
1	Altstadt-Lehel
2	Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt
3	Maxvorstadt
4	Schwabing-West
5	Au-Haidhausen
6	Sendling
7	Sendling-Westpark
8	Schwanthalerhöhe
9	Neuhausen-Nymphenburg
10	Moosach
11	Milbertshofen-Am Hart
12	Schwabing-Freimann
13	Bogenhausen
14	Berg am Laim
15	Trudering-Riem
16	Ramersdorf-Perlach
17	Obergiesing-Fasangarten
18	Untergiesing-Harlaching
19	Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln
20	Hadern
21	Pasing-Obermenzing
22	Aubing-Lochhausen-Langwied
23	Allach-Untermenzing
24	Feldmoching-Hasenbergl
25	Laim

© IAB

einer heterogenen Mieterstruktur wird darauf geachtet, dass die nötige Infrastruktur bereits vorhanden ist und nicht wie im Hasenbergl erst nach und nach gebaut werden musste. Die Verteilung der Wohnungsbauprojekte über die gesamte Stadt sowie die Beschränkung auf eine Maximalzahl an Wohneinheiten sind ebenfalls wichtige Kriterien. Um die steigenden Mietkosten und den Mangel an Wohnraum in den Griff zu bekommen, werden ausgewogene städtebauliche Maßnahmen, insbesondere der geförderte Wohnungsbau, vorangetrieben.

■ Indexgestützter Vergleich der innerstädtischen Segregation

Obwohl die grafische Analyse der Niedriglohnanteile auf der Ebene von Rasterzellen interessante Erkenntnisse zum Ausmaß der Segregation in deutschen Großstädten liefert, birgt sie den Nachteil, dass ein Städtevergleich nur bedingt möglich ist. Es ist nur schwer zu erkennen, welche Stadt stärker segregiert ist und ob die Unterschiede bedeutend sind.

Tabelle 1 zeigt Indexwerte zur Messung der räumlichen Trennung von Niedriglohnbeziehern und Nicht-Niedriglohnbeziehern innerhalb einer Stadt (vgl. Infokasten rechts) für die deutschen Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern.

Es zeigen sich zum Teil deutliche Unterschiede im Ausmaß der lokalen Segregation. Diese ist in Stuttgart und München mit Indexwerten unter 15 am niedrigsten und in Leipzig und Frankfurt mit etwa 20 deutlich höher. Einerseits bestätigt sich die Vermutung aus der grafischen Analyse, dass die Segregation in München insgesamt schwächer ausfällt als in Berlin und Hamburg. Andererseits weisen Berlin und Hamburg trotz der unterschiedlichen Segregationsmuster ein ähnliches Niveau an Segregation auf.

Beim Vergleich der Städte untereinander fällt auf, dass es keinen Hinweis auf einen klaren Zusammenhang zwischen Stadtgröße und dem Ausmaß der Segregation gibt. Diese ist in Berlin zwar vergleichsweise hoch, dennoch wird sie von einigen deutlich kleineren Städten noch übertroffen.

Am deutlichsten erscheint der Zusammenhang zwischen dem Anteil der Bevölkerung innerhalb einer Stadt, der unter der nationalen Niedriglohnschwelle entlohnt wird, und der innerstädtischen Segregation. Städte mit einem geringen Anteil von Niedriglohnbeziehern sind auch weniger segregiert. Diese Tendenz kennt jedoch auch ihre Ausnahme. Frankfurt weist als eine Stadt mit vergleichsweise wenigen Niedrig-

lohnbeziehern den höchsten Segregationsindex aller Städte in der Tabelle auf.

Die Ergebnisse bieten erste Anhaltspunkte, welche Eigenschaften von Städten Segregation beeinflussen könnten (z. B. das allgemeine Einkommensniveau oder der Fortschritt des Strukturwandels) oder welche womöglich wenig relevant sind (z. B. die Stadtgröße).

Tabelle 1
Segregation im Städtevergleich 2009

	Segregationsindex (lokale Referenz)	Niedriglohnanteil (nationale Referenz)
Stadt Berlin	18,4	28,7
Stadt Hamburg	18,0	19,9
Stadt München	14,2	12,9
Stadt Köln	14,8	18,5
Stadt Stuttgart	13,0	15,7
Stadt Frankfurt	20,2	16,3
Stadt Düsseldorf	16,0	17,5
Stadt Dortmund	16,2	20,6
Stadt Essen	14,6	17,8
Stadt Bremen	16,8	24,1
Stadt Dresden	17,2	32,8
Region Hannover	15,0	20,3
Stadt Leipzig	19,3	35,4

Quelle: Georeferenzierte Daten des IAB.

© IAB

i Messung der Segregation

Der Segregationsindex (SI) misst die räumliche Ungleichverteilung der Niedriglohnbezieher innerhalb einer Stadt, indem das Verhältnis der Niedriglohnbezieher in einer Rasterzelle („NL_n“) zu den Niedriglohnbeziehern in der gesamten Stadt („NL_{Stadt}“) verglichen wird mit dem Verhältnis der Nicht-Niedriglohnbezieher in Rasterzelle und Stadt. Zu den Niedriglohnbeziehern werden dabei alle Beschäftigten gezählt, die weniger als 2/3 des stadspezifischen Medianlohns verdienen. Diese Definition berücksichtigt, dass das allgemeine Einkommensniveau in den Städten sehr unterschiedlich sein kann. Die Formel für den Segregationsindex lautet:

$$SI = \frac{100}{2} \sum_{n=1}^N \left| \frac{NL_n}{NL_{Stadt}} - \left(\frac{NichtNL_n}{NichtNL_{Stadt}} \right) \right|$$

Dieser Index ist ein Maß dafür, wie stark sich die Rasterzellen hinsichtlich der Einkommensstruktur vom Durchschnitt der gesamten Stadt unterscheiden. Je mehr der Rasterzellenanteil der Niedriglohnbezieher bzw. der Nicht-Niedriglohnbezieher dem Bevölkerungsanteil der Rasterzelle entspricht, desto kleiner ist der Beitrag der Rasterzelle (n) zum städtischen Segregationsindex. Umgekehrt fällt der Beitrag höher aus, je stärker die Anteile von Niedriglohnbeziehern bzw. Nicht-Niedriglohnbeziehern vom entsprechenden Bevölkerungsanteil abweichen, d. h. je stärker die Gruppen nach Rasterzellen getrennt leben. Für den Index werden die Beiträge der einzelnen Zellen zusammengezählt. Ein Indexwert von null kann nur erreicht werden, wenn die räumliche Verteilung von Niedriglohnbeziehern und Nicht-Niedriglohnbeziehern genau proportional zur Bevölkerungsverteilung ist – wenn also keine räumliche Trennung vorliegt. Der Index steigt mit der Segregation der Gruppen bis zu einem theoretisch möglichen Maximalwert von 100.



Dr. Philipp vom Berge
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter im Forschungs-
datenzentrum der Bundes-
agentur für Arbeit im IAB.
philipp.berge@iab.de



Norbert Schanne
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter im Regio-
nalen Forschungsnetz
„IAB Hessen“.
norbert.schanne@iab.de



Dr. Christopher-Johannes
Schild
war bis Juni 2014 wissen-
schaftlicher Mitarbeiter im
Forschungsdatenzentrum
der Bundesagentur für Arbeit
im IAB.
christopher-johannes.schild
@fau.de



Dr. Parvati Trübwetter
ist wissenschaftliche Mitarbei-
terin im Forschungsbereich
„Internationale Vergleiche und
Europäische Integration“ im IAB.
parvati.truebwetter@iab.de



Anja Wurdack
ist wissenschaftliche Mitarbei-
terin im Forschungsdaten-
zentrum der Bundesagentur
für Arbeit im IAB.
anja.wurdack@iab.de



Ana Petrovic
war Praktikantin im
Forschungsdatenzentrum
der Bundesagentur für Arbeit
im IAB.

Dennoch bleiben unerklärte Unterschiede. Hier könnten historische Zufälle einerseits, aber auch gezieltes politisches Wirken andererseits eine Rolle spielen. Diese und darüber hinausgehende Erklärungsansätze können aber mit den hier verwendeten Daten nicht weiter analysiert werden.

Fazit

Wir untersuchen die räumliche Konzentration von Niedriglohnbeziehern und die damit einhergehende Trennung zwischen den Einkommensmilieus in den größten deutschen Städten. Die Visualisierung von nachbarschaftsspezifischen Niedriglohnanteilen in den drei größten Metropolen zeigt sehr unterschiedliche Muster: eine ausgeprägte, sehr großflächige Konzentration in Berlin, eine kleinräumigere in Hamburg und eine weniger deutliche, oft auf einzelne Straßenzüge begrenzte in München. Bezogen auf die räumliche Verteilung von Niedriglohnbeziehern untermauern statistische Kennzahlen, dass Berlin und Hamburg neben Frankfurt und Leipzig zu den am stärksten segregierten Großstädten gehören. München ist dagegen neben Stuttgart und Essen eine der Städte, in denen die verschiedenen Einkommensgruppen am wenigsten getrennt leben.

Während Stadtgröße und geografische Lage für das Ausmaß der Segregation kaum relevant sind, ist ein Zusammenhang zwischen Segregation und Niedriglohnanteil zu erkennen. Hier könnte die Wirtschaftsstruktur eine Rolle spielen. Während die alten Industrien in Hamburg und Berlin durch negative Strukturschocks getroffen wurden, blieb München von größeren Schocks verschont und konnte zudem in besonderem Maße von der Neuansiedlung von wissensintensiven Branchen profitieren. Ein wesentlicher Effekt geht auch von der lokalen Wohnungsbauförde-

itung und den dort gesetzten Prioritäten aus: Sowohl eine bedingungslose bzw. rein kostenoptimierte Förderung (insbesondere von Großprojekten im sozialen Wohnungsbau) als auch ein Rückzug der staatlichen Aktivität aus diesem Feld führt eher zu stärkerer Einkommenssegregation.

Für künftige Forschung ergeben sich aus unseren Ergebnissen eine Reihe interessanter Fragen. So wäre zu untersuchen, ob und inwieweit Segregation einen direkten Effekt auf Wohlstand und Lebenszufriedenheit der Bevölkerung einer Stadt hat. Außerdem wäre zu fragen: Wie könnten Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung oder auch sozialpolitische Instrumente wie wohnungsmarktbezogene Unterstützungsleistungen effektiv Einfluss auf innerstädtische Segregation nehmen? Erkenntnisse in diesen Bereichen könnten auch dabei helfen, Unterstützungs- und Fördermaßnahmen für Niedriglohnbeschäftigte und Arbeitslose unter Berücksichtigung von Segregationsmustern zu gestalten und somit die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu verbessern.

Literatur

- Bauer, Thomas K.; Fertig, Michael; Vorell, Matthias (2011): Neighborhood Effects and Individual Unemployment, Ruhr Economic Papers 0285, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.
- Friedrichs, Jürgen; Triemer, Sascha (2009): Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2. Aufl.
- Rhein, Thomas (2013): Erwerbseinkommen: Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich, [IAB-Kurzbericht Nr. 15](#), Nürnberg.
- Scholz, Theresa; Rauscher, Cerstin; Reiher, Jörg; Bachelder, Tobias (2012): Geocoding of German Administrative Data: The Case of the Institute for Employment Research, [FDZ-Methodenbericht Nr. 9](#), Nürnberg.